



TriNet Global Policy Paper

Unternehmerisches Engagement und
globale Verantwortung



Rechte TransFair e.V. / Foto: M.Ersch



Herausgeber:

BGZ Berliner Gesellschaft
für internationale Zusammenarbeit mbH
Pohlstraße 67
D – 10785 Berlin
Telefon: +49 (30) 809941-0
Telefax: +49 (30) 809941-20
info@bgz-berlin.de
www.bgz-berlin.de

Redaktion:

Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und
Forschung
BGZ Berliner Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
mbH
EPIZ Entwicklungspolitisches Bildungs- und
Informationszentrum e.V.
TransFair e.V.

Dieses Dokument wird mit Unterstützung der Europäischen
Kommission finanziert. Die Verantwortung für die Inhalte
dieser Veröffentlichung trägt allein die Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie und Forschung, sie dürfen unter
keinen Umständen als Wiedergabe der Position der
Europäischen Union betrachtet werden.

Alle Rechte vorbehalten.
© Berlin, Dezember 2015

1) Herausforderungen und wie diesen in *TriNet Global* begegnet wird

a) Allgemeine Herausforderungen und Status Quo

Die größten Herausforderungen unserer Zeit wie Umweltzerstörung, Klimawandel, Armut und Hunger haben schon lange die nationalen Grenzen überschritten und betreffen die gesamte Weltgemeinschaft. Neben der Politik hat auch die Wirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung dieser globalen Probleme. So führt die Globalisierung zu immer stärkerer Vernetzung und damit zu einer größeren gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung auch für Wirtschaftsakteure. Soziale Verantwortung von Unternehmen im globalen Kontext bedeutet, dass die Handlungen der Wirtschaftsakteure sich nicht allein an Motiven der Maximierung ökonomischer Kennzahlen wie Gewinn- oder Umsatzsteigerung orientieren (sollten), sondern beinhaltet deren freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, die über die gesetzlichen Forderungen hinausgeht.

Laut der von der Europäischen Kommission finanzierten Studie IMPACT zu CSR-Aktivitäten von Unternehmen in Europa von 2013, bekennen sich fast alle großen europäischen Unternehmen zu ihrer Verantwortung und setzen entsprechende Maßnahmen um. Die Studie besagt zudem, dass selbst in den Ländern, in denen ein hoher Grad an Regulierung vorherrscht, Unternehmen über die gesetzlichen Standards hinausgehen. Diese Maßnahmen reichten jedoch trotzdem nicht aus, um sich globalen Problemen zu stellen.¹

Hier setzt das von der EU geförderte Projekt „TriNet Global - Local Authorities, Business Sector and Universities as Agents for Change“ (2013-2015) an. *TriNet Global* hat zum Ziel, Akteure aus den Bereichen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft in den Themenfeldern Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltigkeit zu vernetzen und diese als Agenten für den Wandel auszubilden. Die Erfahrungen bei der Umsetzung des Projekts *TriNet Global* haben bei der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsakteuren gezeigt, dass bei deutschen KMU die ethische Verantwortung stark ausgeprägt ist. Oftmals handelt es sich hierbei um Familienbetriebe. Die Partner des Projekts *TriNet Global* haben das Handlungspotential der KMU erkannt und die Ansprache und die Kommunikationsstrategien besonders darauf ausgerichtet.

So sind Universitäten in diesem Zusammenhang beispielsweise wichtige Akteure, da sie bei der Wertevermittlung für zukünftige Unternehmer/innen eine große Rolle spielen.

Auch der öffentlichen Verwaltung kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Diese sind nicht nur bei der Schaffung der Rahmenbedingungen beteiligt, sondern generieren ebenso Nachfragen als öffentliche Beschaffer (z.B. beim Kauf von Kaffee, Schokolade, Uniformen etc.).

Nichtregierungsorganisationen (NRO) kämpfen wiederum für globale Verantwortung und setzen sich mit unterschiedlichen Instrumenten für Einzelthemen (Umwelt, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit etc.) oder für umfassende nachhaltige Entwicklung ein und können dabei großen Einfluss auf Politik bzw. auf die öffentliche Verwaltung und Wirtschaft haben.

b) Wie kann diesen Herausforderungen begegnet werden?

Entwicklungen der Fairtrade Bewegung in Deutschland

Unternehmen haben im Vergleich zu den Konsumenten einen mindestens ebenso starken und vor allem sehr viel direkteren Einfluss darauf, wie mit Arbeitskraft und deren Ergebnissen umgegangen wird. Viele von ihnen denken heute sozialer und über ihren eigenen Tellerrand hinaus. Verbraucher/innen verlangen zudem immer mehr, dass Waren nach objektiven und ökologischen und sozialen Gesichtspunkten hergestellt werden. Viele Unternehmen haben dies

¹ <http://csr-impact.eu/documents/documents-detail.html?documentid=22>

erkannt und setzen vermehrt auf den Fairen Handel. Mittlerweile boomt der Markt des Fairen Handels weltweit, vor allem aber auch in Deutschland.

In Deutschland begann die Praxis des Fairen Handels in den 1960er Jahren mit einzelnen kirchlich oder politisch motivierten Initiativen, die durch Direktimporte Alternativen zu den klassischen Handelswegen aufbauten, um benachteiligten Produzentengruppen in der sog. „Dritten Welt“ ein angemessenes Einkommen zukommen zu lassen. Der Aufbau von spezialisierten Weltläden und die Gründung der gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH) im Jahr 1975 sind Stationen der weiteren Entwicklung und Institutionalisierung dieser Bewegung.

Im Jahr 1992 wurde auch in Deutschland eine weitere Konzeption umgesetzt, die bereits in anderen europäischen Ländern zur Überwindung des jahrelangen Nischendaseins des Fairen Handels beigetragen hatte: Fair gehandelte Produkte sollten nun auch in den konventionellen Handel gebracht werden, wozu ein Zertifizierungssystem und ein klar erkennbares Label am Produkt notwendig wurde. Seitdem ist der Verein TransFair e.V. in Köln für die Verleihung und Propagierung dieses Fairtrade-Labels in Deutschland zuständig.

Seitdem entwickeln sich beide Konzepte des Fairen Handels in Deutschland weiter, wobei auf den sog. „zertifizierten Fairen Handel“ (Fairtrade mit einem Gesamtumsatz von 827 Mio € im Jahr 2014) ca. 90% der Umsatzzuwächse zurückzuführen sind.

Diese Erfolge sind auf ein ausgesprochen vielfältiges Label-Marketing von TransFair zurückzuführen, innerhalb dessen das Konzept „Fairtrade Towns“ einen besonderen Stellenwert einnimmt. Hierbei werden Vertreter/innen von Wirtschaft, öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft mit dem Ziel zusammengebracht, den Titel „Fairtrade Town“ für ihren Bezirk, ihre Stadt oder Region zu erlangen, indem sie ihr besonderes Engagement für den Fairen Handel unter Beweis stellen.

Diese Konzeption ist deshalb in besonderer Weise geeignet, die *TriNet Global*-Zielsetzung der Vernetzung verschiedener Stakeholder-Gruppen zu einer langfristigen entwicklungs-förderlichen Kooperation zu erreichen.

Erfahrungen bei der Arbeit mit dem Wirtschaftssektor hinsichtlich einer Umsetzung von fairer, nachhaltiger Unternehmensführung und der Umsetzung von CSR-Strategien

Vor dem Hintergrund des wachsenden Fairtrade-Marktes zeigen die Unternehmen ein immer stärkeres Interesse an diesem Marktsegment und nähern sich dem Thema der unternehmerischen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung. In Deutschland, insbesondere in Großstädten, steigt die Zahl von jungen und engagierten Sozialunternehmer/innen, die das gegenwärtige Sozialunternehmertum prägen. Darüber hinaus gibt es bestehende CSR-Netzwerke (z.B. Netzwerk Faires Berlin), die stetigen Zuwachs verzeichnen.

Nicht nur große, auch mittelständische und kleine Unternehmen (KMU) erkennen CSR als notwendige Unternehmensstrategie für das eigene Unternehmen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass CSR oft als reine Kommunikationsstrategie verstanden wird. Das Verhältnis zwischen Anspruch und interner Umsetzung bzw. Wirklichkeit gehen nicht immer Hand in Hand.

Der deutsche Staat stärkt die Kultur der Verantwortung und Selbstverpflichtung, setzt dabei häufig auf Freiwilligkeit der Unternehmen und bietet Anreize für Unternehmen in Form von CSR-Preisen, Nachhaltigkeitspreisen oder einer Projektförderung.

2) Politikempfehlungen

Trinet Global ermöglichte den Partnern, über die globale Verantwortung der Unternehmen nachzudenken und mit den erfahrenen sowie unerfahrenen Unternehmen ins Gespräch zu kommen. Auf der Grundlage der Erfahrungen in diesem Bereich sind Empfehlungen entstanden, die sich an die politischen und wirtschaftlichen Akteure richten.

a) Die politische Ebene

die lokale und/oder regionale Ebene

- Schulungen und Musterausschreibungen für öffentliche Beschaffer/innen und Unternehmer/innen, die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, sollen vermehrt angeboten werden.
- Datenbanken, die Informationen über Inhalte und Reichweite verschiedener Labels geben, sollen systematisch ausgebaut werden.
- NRO und sozialengagierte Unternehmen sollen in politische Dialoge und Debatten einbezogen werden
- Good-Practice-Beispiele aus der Wirtschaft sollen hervorgehoben werden.
- Entwicklungspolitische Aspekte sollen stärker in wirtschaftswissenschaftliche universitäre Ausbildung einbezogen werden.
- Fairtrade-Award für Wirtschaftsunternehmen auf lokaler/regionaler Ebene soll eingeführt werden.

die nationale Ebene

- Eine EU-Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung im Sinne der fairen öffentlichen Beschaffung soll entwickelt werden.
- Vernetzung von Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung, Universitäten und NRO zu globaler Verantwortung soll finanziell unterstützt werden.
- EU-Strukturfonds sollen zielgerichteter für CSR-Maßnahmen genutzt werden.

b) Wirtschaftssektor

Handelskammern

- CSR-Beratungsstellen sollte flächendeckend in ganz Deutschland eingerichtet werden.
- Austausch- und Vernetzungsplattformen sollen angeboten werden, u.a. Austausch guter und schlechter Beispiele

Unternehmen / KMU

- Unternehmen sollen sich mit sozialen und ökologischen Folgen ihres unternehmerischen Handelns auseinandersetzen.

Berlin, Dezember 2015

Projektleitung:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung
Martin-Luther-Straße 105,
10825 Berlin,
Frau Stefani Reich
Tel.: +49(0)30/9013-7441
www.berlin.de/sentwf

Projektdauer: 2013 -2015

Website: www.trinet-global.eu



Dieses Dokument wird mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für die Inhalte dieser Veröffentlichung trägt allein die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, sie dürfen unter keinen Umständen als Wiedergabe der Position der Europäischen Union betrachtet werden.